

Kritik am Sprachgebrauch der Zeitungen

geschrieben im Wintersemester 1999 / 2000 an der

Philipps-Universität Marburg

von Tim Heptner

XXX

1. Einleitung

2. Presstexte als sprachliche Oberflächen

a) Syntax

b) *Wortgebrauch*

3. Die Konstitution von Presstexten

a) **Zur Vermitteltheit von Nachrichten**

aa) Zitierweisen

ab) Agenturjournalismus

b) **Zeitungssprache als Vermittlerin von Meinungen und Bewertungen**

4. Schlussbemerkung

Literatur

1. Einleitung

Kritik am Sprachgebrauch der Zeitungen wurde schon früh geübt. Bereits mit dem Aufkommen der ersten regelmäßig erscheinenden Presseerzeugnisse wurden auch die Stimmen derjenigen laut, die sich gegen den Sprachgebrauch der Zeitungsschreiber wandten. Vor allem die Kollegen aus der literarischen Zunft ließen

zuweilen kein gutes Haar an ihren schreibenden Verwandten, den Journalisten. Wie der historische Überblick von Gerhard Müller zeigt, griffen Schriftsteller wie z.B. Wilhelm Busch, Hoffmann von Fallersleben oder Theodor Fontane in bissig-ironischen Versen gerne die Sensationslust und Sittenlosigkeit der Zeitungsschreiber an[1].

Hartnäckig vorgetragen wurde des weiteren eine Kritik an der geringen Wahrhaftigkeit und der Anonymität der Beiträge. Die frühe Kritik war harsch: Als Fazit lässt sich sagen, dass von vielen Kritikern nicht weniger als ein Sprachverfall, sogar eine „Sprachverderbnis“ [Müller: 222] beklagt wurde. Bis in die Gegenwart hinein reichen die Angriffe auf die Zeitungssprache. Die jüngeren linguistischen Untersuchungen kritisieren den Sprachgebrauch der Zeitungen aber inzwischen auf verschiedenen Untersuchungsebenen und kommen so zu differenzierten Ergebnissen.

Die vorliegende Arbeit möchte einige kritische Ansätze gegenüber der Zeitungssprache vorstellen und diskutieren. Dabei wird es in dem ersten Teil überwiegend um die sprachlichen Strukturen der Zeitungstexte gehen, d.h. um die empirischen Textoberflächen, die sich in linguistischen Untersuchungen quantifizieren lassen. Die einzelnen Bewertungen erfolgen dabei meist unter lexikalischen und syntaktischen Gesichtspunkten. Im gattungsinternen und gattungsübergreifenden Anschlussvergleich mit anderen Texten wird so eine Kritik an Stil und Ausdruck der Zeitungssprache möglich. Diese quantitative Methode bietet aber noch keine Erklärungen für die jeweiligen Erscheinungsformen der Zeitungssprache.

Die Presstexte sollen daher in dieser Arbeit auch als spezielle Kommunikate vorgestellt werden, die als „Teile eines bestimmten kommunikativen Prozesses innerhalb einer konkreten sozialen Situation“ [Lüger: 45] zu begreifen sind. Eine Kritik am Sprachgebrauch der Zeitungen kann so den pragmatischen Kommunikationsrahmen berücksichtigen, in dem die untersuchten Zeitungstexte produziert und rezipiert werden.

2. Presstexte als sprachliche Oberflächen

a) Syntax

[nach oben](#)

Linguistische Syntax- und Wortschatzanalysen weisen einen spezifischen Sprachgebrauch im Medium Zeitung nach. An dieser Stelle seien die wichtigsten Kennzeichen genannt. Auf syntaktischer Ebene ist eine Tendenz zur Verkürzung der Satzlänge zu verzeichnen. Damit einher geht oftmals ein Rückgang der Satzgefüge und eine vergleichsweise starke Zunahme von Einfachsätzen, dies gilt besonders für den Sprachgebrauch in der Boulevardpresse. Innerhalb der Satzstruktur lässt sich zudem „eine starke Zunahme des Nominalstils beobachten“. [Lüger: 24]

Dazu ein charakteristisches Beispiel: Die Führung von Bündnis 90/Die Grünen erwartet, dass der Parteitag am kommenden Wochenende belastet wird durch den Streit über die deutsche Unterstützung für die

Ausrüstung von Atomkraftwerken im Ausland. [F.A.Z., 16.03.00].

Solche Nominalisierungen haben oft erhebliche Verständnisschwierigkeiten zur Folge. Sätze wie: *Die Auseinandersetzung über die Besetzung der Spitze des Internationalen Währungsfonds ist das frischeste Anschauungsmaterial über die Verteilung der Macht im transatlantischen Verhältnis* [ebd.] reduzieren das Satzgefüge zwar auf einen Satzsatz und erlauben eine kürzere, komprimierte Informationsgebung, sie müssen sich aber mit gehäuften und wenig anschaulichen Genitiv- und Präpositionalattributen behelfen. In einer kritischen Sprachglosse hat sich Dolf Sternberger explizit der abhängigen Genitive angenommen. Den von ihm gewählten Beispielen *„der Schöpfer Wiener Walzer“*; *„ein Hersteller Frankfurter Würstchen“* attestiert er, dass hier „die einzelnen Wörter stumpf aneinander an [stoßen]“, diese Genitive verzögern im Verhältnis zu den sie beherrschenden Hauptworten „gleichsam keine Miene [...] setzen keine charakteristischen Endungen an, strecken keine Fühler, Finger oder Pfoten hervor, woran ihre Bewegung jeweils wahrgenommen werden könnte“. [Sternberger: 123]. Die Tendenz zur gehäuften nominalen Blockbildung tritt in der Syntax von Zeitungüberschriften nochmals verstärkt auf. Die gebotene Kürze und Prägnanz des sprachlichen Ausdrucks, die in Überschrift und Lead als Leseanreiz dienen soll, kann hier sowohl durch Ersparung wie durch Auslassung von Satzteilen entstehen.

In Beispielen wie *BMW ohne Rover*; *Mätthäus nach New York*; *Bundeskanzler will Green-Card*; *Asien: Kurseinbruch* muss der Leser die ausgelassenen Satzelemente (Artikel, finites Verb, Hilfsverb, Präposition) selbst ergänzen. Überschriftenbeispiele wie *Angezählt!*; *Wer sagt's denn?*; *Was Wunder wirkt* sind dagegen nur noch Satzfragmente. Die Funktion solcher Satzfragmente, die keinen eigenständigen kommunikativen Aussagewert mehr aufweisen, kann als „Lektüeranreiz, weniger als inhaltliche Orientierung“ [Lüger: 29] angesehen werden. Allgemein wird also eine Tendenz zur Informationsraffung in substantivlastigen Satzsätzen deutlich. Das Wichtigste wird dabei meist zu Beginn des Artikels in einer Fülle von Nominal- und Präpositionalkonstruktionen mitgeteilt, dazu kommen Genitiv-Attribute und Streckverb-Kombinationen. Die gebräuchlichen Nominal-Wendungen lassen sich durch das verbreitete Lead-Prinzip und das stereotype Abhaken der journalistischen W-Fragen begründen. Erich Straßner kritisiert dieses Vorgehen, das den Journalisten die Notwendigkeit erspare, „sich mit dem Stoff, seiner Thematik auseinanderzusetzen und sie dem Leser so darzubieten, dass dieser den größtmöglichen Nutzen daraus zu ziehen vermag“. [Straßner 1994: 239]. Die Journalisten rücken häufig Begründungen und Folgerungen, die normalerweise in Nebensätzen mitgeteilt werden, mittels komplexer Partizipialkonstruktionen in den Hauptsatz und erwecken dadurch den Eindruck, „die Verhältnisse und Ereignisse seien wirklich so verdichtet wie der Text“. [Straßner 1999: 43].

Aber auch die Bildung von langen Schachtelsätzen wird kritisiert. Wolf Schneider, der den Journalismus als „die redliche Unterrichtung von Hunderttausenden unserer Mitbürger“ definiert, hält beispielsweise alle eingeschobenen Nebensätze für problematisch, „denn sie kleistern ja einen zweiten Gedanken mitten in den unvollendeten ersten hinein“ [Schneider 1996: 185]. Schneider, der sich seit Jahrzehnten mit pädagogischen Ratgebern und Handbüchern für bessere Verständlichkeit der Zeitungssprache einsetzt [2], stellt daher praktische Regeln für eine verständliche Satzbauweise auf und fordert von den Zeitungsautoren, ihre Satzelemente - Hauptsatz, Artikel und Substantiv, Subjekt und Prädikat - möglichst zusammenhängend zu formulieren und nicht auseinanderzureißen, damit der Lesefluss und damit die Aufmerksamkeit der

Leserschaft gewahrt bleibe [vgl. ebd.: 180ff]. Die Sätze werden also in eine übertriebene Länge gezogen, bei der ein Leser den Überblick über das Ausgesagte verlieren kann:

Vier Tage vor der russischen Präsidentenwahl hat am Mittwoch der klare Favorit, der amtierende Präsident Putin, seinen nicht erklärten Wahlkampf durch die russischen Regionen in Kasan, der achthundert Kilometer östlich von Moskau gelegenen Hauptstadt der Republik Tatarstan, fortgesetzt. [F.A.Z., 23.03.00].

In diesem Beispiel stehen nicht weniger als 25 Worte und zwei Relativsätze zwischen Subjekt und Prädikat und erschweren so den Zugang zu der Tatsache. Aus demselben Grund sind auch die vielfachen Einschübe durch Gedankenstriche zu kritisieren, wie im folgenden Beispielsatz aus derselben Zeitungsausgabe:

"Sie blieb unter Kohl auch im Osten den westdeutschen Maßstäben verhaftet, sie bot zwar Aufstiegsmöglichkeiten für Junge in den neuen Ländern, zeigte aber wenig Geduld mit den älteren einheimischen Politikern, wie eine Riege abgelöster Ministerpräsidenten – Gomolka, Gies, Duchac – belegt, die damals – allerdings unter Druck der politischen Gegner – durch erfahrene Westdeutsche ersetzt wurden."

Neben dem speziellen Nominalgebrauch und der Bildung komplizierter Satzkonstruktionen zeichnet sich die Zeitungssprache auch durch eine besondere Verbverwendung aus. Seit langem formulieren die Journalisten häufig im unpersönlichen Passiv, bevorzugt im *werden*-Passiv: *werden Entscheidungen erwartet, wurde versichert, wird getroffen*. Zahlreiche Verben sind zudem durch Streckformen ersetzt worden. Heinz-Helmut Lüger spricht von „Verbaufspaltung, wobei statt einfacher Verben wie *durchführen, mitteilen, versuchen* verstärkt Verb + Substantiv-Verbindungen gebraucht werden, also *zur Durchführung gelangen, eine Mitteilung machen, einen Versuch unternehmen*“ [Lüger: 26]. Nominale Blockbildungen, passiver Verbgebrauch wie auch die zahlreichen Verbalabstrakta auf *-ung* dienen dazu, eine Form des offiziellen Sprachgebrauchs zu kennzeichnen. Es handelt sich dabei um einen Sprachgebrauch, der m. E. als informationspolitischer Verlautbarungsjournalismus anzusehen ist. Der Grund hierfür liegt in der Aufgabe der Journalisten, die verschiedensten schriftlichen wie mündlichen Quellen zu berücksichtigen und sie auf engem Raum wiedergeben zu müssen.

b) Wortgebrauch

Im Bereich der Wortbildung fallen zunächst die Komposita auf: *Rüstungskontrollrichtlinien, Altlastenverordnung, Rentenumbau-Maßnahmen, Zwangsarbeiter-Entschädigungsgesetz, Parteispenden-Skandal* sind einige Beispiele. Solche Augenblickskomposita entstehen oftmals als Reaktion auf neue gesellschaftliche Sachverhalte, sie verbinden die Vermittlung neuer Gegenstandsbereiche mit dem Streben nach kurzem Ausdruck. Allerdings steigt bei diesem Sprachgebrauch wiederum die Verständnisschwierigkeit und der „Vagheitsgrad des Wortschatzes“. [Lüger: 30]. Bei der Tendenz zur Kompositabildung (Univerbierung) handelt es sich zugleich um eine der Haupttendenzen der deutschen Wortbildung generell. Dasselbe gilt für den Gebrauch substantivischer Abstrakta auf *-keit, -heit, -imus -ität oder -wesen*.

Die Verwendung von Fachvokabular ist besonders innerhalb der einzelnen Rubriksprachen nachgewiesen.

Linguistische Untersuchungen, die ihren Gegenstand auf einzelne inhaltliche Bereiche einschränken, postulieren dabei, dass Texte oder Artikel, die einer Kategorie angehören, im Verhältnis zueinander homogener sind als Texte verschiedener Kategorien. Ein Beispiel ist der Fachwortgebrauch im Wirtschaftsteil der Zeitungen. Die Leserschaft begegnet hier Begriffen wie *Refinanzierungszins*, *Einlagenfazilität*, *Synergieeffekte*, *Aktioptionsprogramme*. Ein solcher Sprachgebrauch bildet die Komplexität der verhandelten wirtschaftlichen Gegenstände ab, Leser ohne Vorwissen in diesen Bereichen werden hier wenig verstehen und ziehen daher einen geringen Informationsgewinn, d.h. Nutzen aus dem journalistischen Angebot. Diese Beispiele aus der Rubriksprache machen aber auch deutlich, dass der Sprachgebrauch einzelner Beiträge jeweils vor dem Hintergrund eines speziellen Kommunikationsprozesses gewürdigt werden muss. Die Journalisten formulieren nämlich adressatenbezogen, im Beispiel Finanz- und Wirtschaftssprache setzen sie Interesse an der Materie und damit bestimmte kommunikative Kompetenzen beim Rezipienten voraus. Diese Antizipation möglicher Rezipientenreaktionen bedeutet also für den Textproduzenten, dass er

"bei dem Versuch der kommunikativen Realisierung eines gegebenen Zieles Einschätzungen im Hinblick auf Wissen, soziale und institutionelle Zugehörigkeit, ideologische Haltung, kulturelle Zugehörigkeit, Situationseinschätzung u.ä. des Rezipienten vornimmt, mögliche Reaktionen auf Seiten des Rezipienten antizipiert [...]" [3].

Eine angemessene Kritik am Fachwortgebrauch muss also relativ erfolgen und das Vorwissen der Leserschaft berücksichtigen, für welche die Texte geschrieben werden. Die Verwendung sprachlicher Mittel ist in hohem Maße abhängig von der Thematik der vermittelten Information, dies muss die Kritik an der Zeitungssprache berücksichtigen. Differenziert ist auch die Kritik des Fremdwortgebrauchs zu beurteilen. Das gehäufte Vorkommen von Amerikanismen und Anglizismen kann als Indiz für generelle Tendenzen der Gegenwartssprache angesehen werden und tritt verstärkt eher in anderen Medien als den Zeitungen auf, etwa in den Jugendsendungen des Fernsehens oder im Internet, in dem rund 80% aller Inhalte in englischer Sprache gehalten sind. Aber der inflationäre Gebrauch fremdsprachlicher Ausdrücke in Zusammenhängen, in denen die muttersprachlichen Synonyme ebenso gut verwendet werden können, kann zur Marotte werden, die den Stil und die Verständlichkeit der Presstexte zuungunsten eines breiten Publikums verringert. Dasselbe gilt für die übermäßige Verwendung von Klischees und abgenutzten Metaphern (*wenn führende Vertreter Spitzengespräche führen, wenn die Unglücksstätte ein Bild des Grauens bot*), nichtsagenden Phrasen und Leerformeln (*Aufbruch statt Stillstand, das System Kohl*) und für die Wiedergabe kaschierter Verantwortlichkeiten (*in Washington hieß es...*). [4] Vergleichenden Syntax- und Wortschatzanalysen, die den Sprachgebrauch der Zeitungen kritisieren, wird aber vielfach entgegengehalten, dass sie ihren Untersuchungsgegenstand nicht ausreichend würdigten. So kritisiert etwa Lüger, dass „die Sprachebene insgesamt zu wenig unter dem Gesichtspunkt ihrer konstitutiven Bedingungsfaktoren und ihrer spezifischen Intentionalität gesehen [wird]“. [Lüger: 34].

Die Aussagen über Stil und Ausdruck der Zeitungssprache, die sich auf quantifizierende Untersuchungen der syntaktischen und wortschatzspezifischen Phänomene in den Zeitungen stützten, können einen letztlich

kritischen Impetus nämlich nur vor dem Hintergrund einer als normativ begriffenen Sprachrichtigkeit entfalten. Folgte man etwa der idealen Maxime Friedrich Schillers, der „Stil als den reinen Ausdruck des Notwendigen“ bezeichnete^[5], so hat man beispielsweise allen Anlass, sich über „Hochgestochenheit, überflüssigen Zierrat, Bilder- und Metaphernreichtum“ vieler Feuilletons zu beklagen oder der Sportberichterstattung „Banalität, Trivialität, Militarismus oder Schludrigkeit“ vorzuwerfen [vgl. Straßner 1999: 54]. Eine polemisierende Fundamentalkritik a la Friedrich Nietzsche („Schweinedeutsch – Verzeihung Zeitungsdeutsch“)^[6] greift jedenfalls zu kurz.

Mindestens zu berücksichtigen ist bei der Kritik am Sprachgebrauch der Zeitungen die Heterogenität des Materials, d.h. es gilt die Feststellung Gerhard Müllers, Zeitungssprache sei ein „mixtum compositum“ [Müller: 232], in dem man die Bandbreite der Rubriken und Textsorten innerhalb der Zeitung (Feuilleton bis Sport, Hintergrundbericht bis Glosse) ebenso voneinander unterscheiden muss, wie auch die Publikationsorgane untereinander (Yellow-Press, Lokalzeitungen, seriöse überregionale Presse)

Zu einer vorsichtig optimistischen Gesamtwürdigung des aktuellen Sprachgebrauchs der Zeitungen auf der Ausdrucksebene kommt Norbert Nail:

"Es spricht einiges dafür, dass heutzutage die Sprache in der Zeitung/Zeitschrift auf der orthografischen, der grammatischen und der stilistischen Ebene einen Standard erreicht hat, der sie nur bei offensichtlichen Normverstößen noch angreifbar macht." [Nail: 1666f.].

Die weitgehende formale Richtigkeit allein garantiert aber noch keine Verständlichkeit der mitgeteilten Inhalte. Unverständlichkeit kann nämlich auch entstehen, wenn die Sprache nicht entsprechend der Kommunikationssituation gebraucht wird, wenn sie beispielsweise nicht als Gebrauchssprache vorliegt, sondern als Bildungssprache überzogen wird, wenn „Text- und Stilmuster, die eher einen Abstand zum Leser ergeben“ [Straßner 1994: 235] die Zeitungssprache regieren.

Die Verantwortung für die mangelnde Verständlichkeit, die aus unangemessenem Sprachgebrauch resultiert, haben in jedem Fall die Zeitungsmacher, also die Journalisten und Redakteure, die ihr Handwerkszeug nicht beherrschen oder falsch verwenden. Als einen möglichen Grund dafür lässt sich der Wunsch der Journalisten ansehen, sich mit ihrem Arbeitsprodukt identifizieren zu können. So kritisiert auch Jürgen Prott die übertriebenen Bemühungen einzelner Journalisten um „besonders kunstvolle Wendungen, weil stilistische Originalität Ausdruck besonderer professioneller Fähigkeiten ist“. Das Resultat sei eine Verselbständigung der „ästhetischen Momente von Sprache gegenüber ihrer instrumentellen Funktion“, wodurch „Kommunikation als Verständigung durch Massenmedien gestört oder behindert“ werde. [Prott: 143]. Unverständlichkeit durch spezifischen Wortgebrauch hat aber auch eine zweite Seite, die den Rezipienten zugeordnet werden kann: Verständnisschwierigkeiten entstehen dann, wenn die Leser die verhandelte Materie nicht ausreichend kennen, weil sie dem dynamischen, täglich seriellen Charakter der Zeitungssprache keine Aufmerksamkeit widmen und ihnen die zuvor verhandelten Hintergrundinformationen unbekannt sind.

Im folgenden soll es allerdings weniger um die subjektiven Stärken und Schwächen von Autoren und Lesern gehen, sondern um medienimmanente Probleme der Zeitungssprache, die aus dem ‚Produktprofil‘ des

Massenmediums Zeitung resultieren.

Denn auch eine Berichterstattung, die in Ausdruck und Stil einwandfrei ist, und ihren Gegenstand einem kenntnisreichen Publikum anbietet, entzieht sich nicht den weiterführenden Fragestellungen nach dem Zustandekommen und den Absichten einzelner Pressetexte.

3. Die Konstitution von Pressetexten

a) Zur Vermitteltheit von Nachrichten

[nach oben](#)

Die Diskussion der syntaktischen und wortschatzspezifischen Merkmale der Zeitungssprache hat bereits zeigen können, dass zur Bewertung des Sprachgebrauchs der Zeitungen auch auf den Kommunikations- und Funktionszusammenhang der einzelnen Beiträge einzugehen ist. Mit Heinz Helmut Lüger lassen sich sprachliche Äußerungen generell als „zielgerichtete Aktivitäten betrachten, die sowohl eine thematische als auch eine kommunikative oder intentionale Ordnung aufweisen“. [Lüger: 50]. Sprachpragmatisch ist also der lebensweltliche Kontext mit einzubeziehen, in dem Journalisten wie Leserschaft ihren Zugang zum Kommunikationsprodukt Zeitungssprache finden. Dieser Kontext lässt sich beispielhaft etwa an der Konstitution von Pressetexten, hier speziell am Zusammenspiel von Nachrichtenagenturen und Journalisten/Redaktionen aufzeigen und erklären.

Ein Problem im Redaktionsalltag, in dem die Zeitungssprache produziert wird, ist die Vermittlung und Vermitteltheit des Stoffes. Zumeist haben die Redakteure keinen Zugang zu dem, worüber berichtet werden soll, sondern sie sind auf andere Informationsquellen angewiesen. Dies sind oft die großen Nachrichtenagenturen (dpa, ap, Reuters), allerdings sind auch deren Redakteure nicht am unmittelbaren Geschehen beteiligt. Dieses „grundlegende Problem der Indirektheit“ [Öhlschläger: 249] schlägt sich auch in der Zeitungssprache nieder.

Die realen Ereignisse, über die informiert wird, werden in der Zeitungssprache zu „Behauptungen mit und ohne Vorbehalt“. [ebd.: 248]. Dies gilt insbesondere für die Textsorten Nachricht und Bericht, die einen Sachverhalt möglichst neutral und objektiv wiedergeben sollen und der kritischen Überprüfung der vier journalistischen Prinzipien standhalten sollten. Nach Bucher/Straßner [1991: 13] sind dies:

- Die Maxime der Wahrheit und Wahrhaftigkeit
- Die Maxime der Relevanz

- Die Maxime der Informativität
- Die Maxime der Verständlichkeit und Klarheit.

Die schwierige und anspruchsvolle Aufgabe der Zeitungsmacher lautet somit, jede dieser Maximen weitestgehend zu erfüllen. Der Aufbau der Beiträge, die das Wichtigste zuerst nennen und dann die weniger wichtigen Zusatzinformationen mitteilen (,Climax-first-Prinzip'), ist die notwendige redaktionelle Antwort auf die Maxime der Relevanz; die Informativität soll durch die Abarbeitung der journalistischen W-Fragen sichergestellt werden. Bei Wahrheit und Wahrhaftigkeit stellt sich die Frage, welche sprachlichen Mittel angewandt werden, damit der Leser einen möglichst transparenten Blick auf die beschriebenen Sachverhalte erhält, die damit erst nachvollziehbar und überprüfbar werden können. Hier geht es also um nicht weniger als um Aufklärung im günstigsten oder um Verschleierung, Desinformation, Manipulation und Lüge im schlimmsten Fall.

[nach oben](#)

aa) Zitierweisen

Aus dem genannten Problem der Indirektheit ergeben sich direkte sprachliche Folgen für die journalistischen Beiträge. Die Redakteure und die Journalisten arbeiten zunächst häufig mit Fiktionen, d.h. sie legen ihren Beiträgen fremde (mündliche oder schriftliche) Quellen zugrunde. Diese ‚sekundären‘ Behauptungen und Aussagen, die in die fertigen Sprachprodukte einfließen, müssen daher mit einem Vorbehalt versehen werden, damit sie für den Leser als Äußerungen dritter kenntlich bleiben. Günther Öhlschläger, der solche Sprachzeichen detailliert untersucht hat [Öhlschläger 1993], unterscheidet hierzu grundsätzlich zwischen den Möglichkeiten der direkten und der indirekten Rede.

Folgendes Beispiel kann die Unterschiede zwischen den beiden Wiedergabeformen verdeutlichen: In der Berichterstattung über die Nominierung Angela Merkels zur CDU-Vorsitzenden heißt es in der F.A.Z vom 21.03.00:

Die Koalition könne sich wieder auf eine „gepfefferte Opposition“ vorbereiten, sagte sie.

Die Bild-Zeitung vom selben Tag schreibt:

Merkel (hellgrauer Wollblazer, schwarzer Pulli, schlichte Silberkette): „Ich trete an. Rot-Grün kann sich wieder auf eine gepfefferte Opposition vorbereiten.“

Auch wenn die F.A.Z. die Kernmetapher *gepfefferte Opposition* als wörtliche Rede zitiert, so wirkt die längere Zitat-Passage aus der Bild-Zeitung doch unmittelbarer und lebendiger. Die Nennung der Akteurin vor

dem Doppelpunkt mitsamt der Beschreibung ihres äußeren Erscheinungsbildes veranschaulicht die der Meldung zugrundeliegende Redesituation auch anschaulicher. Eine längere Wiedergabe direkter Rede kann eine stärker emotionalisierende Wirkung haben, in der Bild-Zeitung teilt sich die kämpferische Intention der wiedergegebenen Politikerin (*„Ich trete an“*) dem Leser authentischer mit.

Aus Gründen der Platzökonomie, weil das, was andere gesagt haben, komprimiert werden muss, dominiert in den Zeitungen allerdings die Wiedergabeform der indirekten Rede. Zudem bietet die indirekte Rede die Möglichkeit, „die Informationsquelle unbestimmter, anonym zu lassen“. [Öhlschläger: 255].

Aber auch in rein indirekten Wiedergabeformen finden sich verschiedene Grade der Bestimmtheit und Konkretisierung, wie die folgenden Beispiele zeigen, in denen es um das aktuelle Verhältnis der EU zum früheren Jugoslawien geht:

Die Flüge könnten nun schon in den nächsten Tagen beginnen, hieß es in Brüssel. [Marburger Neue Zeitung, 21.03.00].

Im Gegenzug sollten bis Ende des Monats Vorschläge ausgearbeitet werden, wie die Finanzsanktionen gegen jugoslawische Institutionen verschärft werden könnten, sagte Vedrine am Rande eines Treffens der EU- Außen- und Verteidigungsminister am Montag in Brüssel. [F.R., 21.03.00].

Das erste Zitat ist ein Beispiel für einen Verlautbarungsjournalismus, der bei näherem Hinsehen noch Fragen offen lässt. Im selben Beitrag werden zwar auch die *EU-Außenminister* genannt und der Zeitbezug wird mit dem Temporaladverb *gestern* gewahrt. Dennoch ermöglichen die Zusatzinformationen in der F.R. (*sagte Vedrine am Rande eines Treffens*) eine detaillierte Konkretisierung und somit bessere Information über die am Geschehen beteiligte Person und den Ort, von dem berichtet wird. Vor allem die namentliche Besetzung der Sprecherrolle durch den französischen Außenminister führt dem Leser hier die ursprüngliche Redesituation vor Augen und zeigt, wie die Informationen vermittelt worden sind.

Generell kann im Sprachgebrauch der Zeitungen eine Reihe von Ausdrucksmitteln nachgewiesen werden, die aus der Wiedergabe von vorgängigen - schriftlichen wie mündlichen - Sprachprodukten resultieren. Dazu gehören:

- Redeeinleitende oder redekomentierende Wendungen, sog. ‚verba dicendi‘, wie etwa: *sagte, betonte, verlautbarte, forderte* usw. Dabei lässt sich noch unterscheiden zwischen Distanzierungssignalen (*will gesagt haben*) und wahrheitsverbürgenden Formeln (*soll erklärt haben, nach offiziellen Angaben von, laut Aussage von*)
- Temporale, lokale und personale Verweisungen, z.B.: *vor wenigen Tagen, am Nachmittag, in Moskau, vor Ort, er, sie.*

ab) Agenturjournalismus

Gerade im Verhältnis von Agenturen und Zeitungen gewinnt die Textkonstitution besondere Bedeutung. Sie soll handlungs- bzw. prozessbezogen verstanden werden, wie es Ulrich Biere nahe legt:

In einer prozessorientierten Analyse hat man es mit zwei zeitlich nacheinander abfolgenden Texten zu tun, die in inhaltliche und zeitlicher Relation zueinander stehen. So wird Textbearbeitung zu einem textinduzierten Prozess der Konstitution und Produktion eines Textes.

[Biere: 58].

Aufzeigen der Informationskanäle, Freilegung der journalistischen Quellen sind dabei die wichtigsten Forderungen an den Sprachgebrauch der Zeitungen, damit die Textkonstitution durchschaubar wird. Das Ausmaß, in dem dieser Anforderung Genüge getan wird, bestimmt oftmals über die Glaubwürdigkeit der Beiträge und verleiht einzelnen Nachrichten einen höheren Anschein von Wahrheit als anderen.

Dazu das folgende Beispiel:

In der Provinz Xinjiang sind elf Menschen wegen Mordes und separatistischer Aktivitäten hingerichtet worden. Laut Xinkiang soll es sich bei der Gruppe um „gewalttätige Terroristen“ der Uiguren handeln, die für einen von China unabhängigen Staat kämpfen.

[die tageszeitung, 21.03.00].

Diese Meldung wird von der Redaktion der taz ausschließlich mit dem Agenturnachweis Reuters versehen. Um wen es sich bei ‚Xinkiang‘ handelt, bleibt offen. Ist es ein chinesischer Regierungspolitiker, wie die Zitierung des negativ konnotierten Begriffspaares *gewalttätige Terroristen* vermuten ließe? Oder ein Provinzpolitiker, der vielleicht den separatistischen Bestrebungen prinzipiell positiv gegenübersteht?

Die F.A.Z. vom selben Tag, die sich ebenfalls auf Reuters beruft, bietet ihren Lesern folgende Lesart desselben Sachverhaltes:

Elf Menschen sind nach einem Zeitungsbericht im Nordwesten der chinesischen Provinz Xinjiang wegen Mordes und separatistischer Aktivität hingerichtet worden. Die Angeklagten seien direkt nach der Urteilsverkündung in Akesu erschossen worden, berichtete die am Montag in Peking erschienene Provinzzeitung „Xinkiang“. Bei der Gruppe habe es sich um „gewalttätige Terroristen gehandelt“, die im Oktober 1996 zwei Polizisten erschossen und einen weiteren erstochen hätten. 1997 hätten sie sechs Bergarbeiter getötet.

Hier erfährt der Leser also, dass es sich bei ‚Xinkiang‘ um eine Provinzzeitung handelt, von der die ursprüngliche Meldung stammt. Während die taz also die Hinrichtung der elf Menschen vorbehaltlos

behauptet und allein die Aussage, es habe sich um Terroristen gehandelt, mit einem Vorbehalt versieht, so informiert die F.A.Z. ihre Leser darüber, dass auch die Hinrichtung selbst unter dem Vorbehalt der Vermitteltheit steht: *nach einem Zeitungsbericht* lautet der relativierende Hinweis, der den Charakter der Meldung so verändert. Diese mit Vorbehalt versehene Berichterstattung übernimmt also nur die Wahrheitsgarantie für die primäre Meldung in der chinesischen Provinzzeitung.

Im Gegenzug hat die taz damit eine wesentliche Information verborgen, sie unterschlägt ihren Lesern die allererste Vermittlungsinstanz. Dies ist umso bedenklicher, als beide Tageszeitungen sich jeweils auf die Nachrichtenagentur Reuters beziehen. Das bedeutet - das Vorliegen ein und derselben Agenturmeldung einmal unterstellt - dass die Redaktionen aus dem verfügbaren Material jeweils unterschiedlich auswählen, also verschiedene Aspekte thematisieren.

Zum Produktionsprozess der Zeitungssprache gehören Selektion und Gewichtung, sie sind Teil des redaktionellen Alltags, ebenso der Zeitdruck und das Gebot der Kürze, unter denen die Beiträge geschrieben werden. Das angeführte Beispiel macht aber auch klar, dass die Redaktionen bestimmten Verantwortlichkeiten nachkommen müssen, wollen sie sich nicht den Vorwurf der unzulässigen Verkürzung und Desinformation einhandeln. Die Berichterstattung der taz ist problematisch, da sie eine Information unterschlägt und ein Geschehen - die Hinrichtung - als wahr darstellt, ohne die medialen Bedingungen ausreichend zu reflektieren, die diese Meldung erst möglich machen.

Die vergleichende Betrachtung dieser Beispiele hat auch gezeigt, dass nicht allein die Inhalte der Pressebeiträge, die fertigen Aussagen also, als Ausgangsdaten für inhalts- und ideologiekritische Untersuchungen in Frage kommen, sondern dass bereits in der Textkonstitution die Weichen gestellt werden für eine Verbreitung von falschen, unvollständigen und unzureichenden Informationen. Bereits der Auswahl und Gewichtung des Quellenmaterials liegen also spezifische, mehr oder weniger bewußte Intentionen zugrunde. Daher sollten die Journalisten und Redakteure auch „die Offenlegung der Motive der Presstexte, die Richtung ihrer eigenen Parteilichkeit als vorrangige eigene Aufgabe begreifen“ [Müller: 241]

Die ‚Textoberfläche Zeitungssprache‘ markiert und beschließt einen Prozess der Textkonstitution, dessen Rekonstruktion und Nachzeichnung die aufschlussreiche „Aufgabe einer linguistischen Analyse“ [Biere: 61] sein kann.[7]

Die Tatsache, dass viele Redaktionen ihr Material von einigen wenigen Nachrichtenagenturen beziehen, unterstützt außerdem eine immer stärkere formale Monotonisierung der Zeitungssprache. Gerade die kleinen Zeitungen, die nicht über ein eigenes Korrespondentennetz verfügen, werden dem Grundsatz des ‚variatio delectat‘ daher auch sprachlich-stilistisch nicht mehr gerecht. Ganze Rubriken, vor allem die Nachrichtenteile leiden unter einer „eingeschränkten Textvielfalt und einer Standardisierung auf die in Agenturen üblichen Textgestaltungsprinzipien“ [Straßner 1994: 233], so dass die Gefahr besteht, dass „weite Teile der neudeutschen Pressesprache zur dpa-Sprache degenerieren könnten [Straßner 1999: 55].

b) Zeitungssprache als Vermittlerin von Meinungen und

Bewertungen

[nach oben](#)

Wie die vorigen Ausführungen gezeigt haben, ermöglicht die Intentionalität jeglichen sprachlichen Handelns auch inhalts- und ideologiekritische Aussagen über den Sprachgebrauch der Zeitungen. Ein spezifischer Wortgebrauch lässt dabei die Absichten der Sprecher/Schreiber in dem Maße deutlich werden, indem diese Akteure selbstreflexive Anzeichen in die Textproduktion einfließen lassen, d.h. ihrer Sprecherrolle gewärtig sind und sich dies dem Leser/Hörer mitteilt.

Für die Presse muss zusätzlich noch auf die besondere Kommunikationssituation hingewiesen werden, deren wichtigste Merkmale kurz genannt sein sollen:

- Öffentlichkeit: prinzipiell unbegrenzter Teilnehmerkreis
- Einseitigkeit: weitgehend monologische Kommunikationsausrichtung
- Indirektheit: keine gemeinsame Kommunikationssituation von Sender und Empfänger.

Vor diesem Hintergrund lassen sich einzelne Textklassen, die in der Zeitungssprache regelmäßig vorkommen, nach ihrer intentionalen Anlage zuordnen [vgl. Lüger: 66ff.]. Die beiden wichtigsten Textklassen sind die informationsbetonten und die meinungsbetonten. Ging es bislang um die Vermitteltheit von Informationen, so soll hier ein Kritikpunkt vorgestellt werden, der sich aus der Vermittlung von Meinungen und Wertungen durch die Zeitungssprache ergibt.

In meinungsbetonten Texten wird mit sprachlichen Mitteln beurteilt, kommentiert und bewertet. Die wichtigsten Texttypen in Zeitungen sind die Reportage, die bis zu einem gewissen Grad subjektiv sein kann, sowie der Kommentar, die Kritik und die Glosse. In solchen Beiträgen ist typischerweise mit einem subjektiven Sprachgebrauch zu rechnen, die Kommentatoren, Leitartikler oder Kulturkritiker der Zeitungen sind schließlich für eine konfrontative, meinungsmachende Auseinandersetzung mit politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Sachverhalten zuständig. Problematisch wird es aber dann, wenn ein wertender, beurteilender Sprachgebrauch bis in die Nachrichtenteile der Zeitungen vordringt. Dann droht die gebotene Neutralität der Berichterstattung gestört zu werden und eine sachliche Informativität, die den Lesern eigenen Spielraum zur Meinungsbildung lässt, wird durch vorgreifende Interpretation unterlaufen. Dies wird möglich durch den zeichenimmanenten Interpretationsspielraum des Mediums Sprache, durch die Arbitrarität von Sprachzeichen, die sich nie auf genau eine Bedeutung festlegen lassen, sondern offen sind für vielfältige Konnotationenmöglichkeiten.

Ein bestimmter Wortgebrauch ist daher der „Ausdruck einer unterschiedlichen Interpretation von Problemverhalten“ er „birgt also positive oder negative Bewertung“ von Tatsachen oder Problemen. [Stötzel: 43].

Gerhard Müller veranschaulicht diesen „semantischen Kampf“ um „Bedeutungsfacetten“ [Müller: 233] anhand folgender Beispiele:

Militärisches Eingreifen, militärische Intervention, militärisches Engagement. Diese drei Ausdrucksmöglichkeiten lassen sich auf ein und dieselbe Tatsache anwenden, beispielsweise kann man gezielte Operationen einer Luftwaffe gegen feindliche Stellungen damit beschreiben. Wird aber der Begriff *Eingreifen* gewählt, so wird das Konnotationsfeld durch den Eingriff, das Zupacken bestimmt, letztlich wird man also eine energischere Vorgehensweise assoziieren können als im Falle der *Intervention*. Hier führt bereits das Fremdwort zu einer „Distanzierung“. [ebd.]. In der Folge der Begriffe nimmt sich *militärisches Engagement* dagegen vergleichsweise schwach aus, der militärische Akteur scheint nur im Rahmen eines Angestelltenverhältnisses, gegen Gage, zur Operation bereit. Die Interpretation kann je nach der Perspektive unterschiedlich ausfallen, das *Eingreifen* kann aus Akteurssicht auf eine höhere Souveränität schließen lassen als das *Engagement*. Aus der Sicht der Betroffenen, gegen die das Militär vorgeht, und derjenigen, die mit jenen sympathisieren, kann das *Eingreifen* dagegen die nachhaltige Verletzung der Integrität betonen, der Begriff scheint negativer aufgeladen als im Falle des *Engagements*, das möglicherweise nur eine künstliche und vorübergehende Operation meint.

Eine Kritik am Sprachgebrauch der Zeitungen nähert sich hier Fragestellungen nach der Politikvermittlung, die durch Zeitungen, wie durch die anderen Massenmedien auch, betrieben wird. Hans Jürgen Bucher [Bucher/Straßner 1991: 5] hat jedenfalls festgestellt, dass „konträre Meinungen zu aktuellen Themen auch die Berichterstattung über die entsprechenden Ereignisse [polarisieren]“. Es sind regelmäßig gesellschaftlich stark umstrittene Sachverhalte, um deren sprachliche Darstellungsweisen durch die Zeitungen Streit entbrennt.

Hans Jürgen Bucher hat in einer Fallstudie das Kommunikationsverhalten der großen deutschen Tageszeitungen detailliert untersucht. Anhand der fortlaufenden Berichterstattung über Demonstrationen von Atomkraftgegnern und deren Auseinandersetzungen mit der Polizei konnte er nachweisen, dass auch im Nachrichtenteil von den Redaktionen verschiedene „Strategien der Ereignisdarstellung“ [Bucher/Straßner 1991: 51] angewendet werden. So unterschieden sich die untersuchten Zeitungsberichte schon in der Beantwortung der Akteursfrage erheblich voneinander. Bei der Frage, wer am Geschehen beteiligt war, zeigen die von Bucher in den Zeitungen gefundenen Antworten eine große Bandbreite: „Menschen, Demonstranten, Gewalttäter, Randalierer, Chaoten, AKW-Gegner, Kernkraftgegner, Bürger“. [ebd.]. Im Ergebnis weist er verschiedene Varianten der Berichterstattung nach, z.B. die „Standardgeschichte“ oder die „Eskalations-Geschichte“. [ebd.: 61f.].

Deutlich gemacht wird hierbei, dass der Sprachgebrauch der Zeitungen auch die Politiken der verantwortlichen Redaktionen widerspiegelt, welche sich wiederum an bestimmten Absatzstrategien orientieren. Für die Ergebnisse einer prozessorientierten Kommunikatnanalyse interessieren sich vor allem auch die Sozialwissenschaften. Hoffmann/Sarcinelli etwa sprechen davon, dass die „Journalisten zu politischen Akteuren [werden]“ und machen die

„Professionalisierung des Politikvermittlungsgeschäfts“ dafür verantwortlich [Hoffmann/Sarcinelli: 735f.]. Eine Symbiose aus Politikern, PR-Profis und Medien verwische die Grenzen zwischen Entscheidungspolitik und symbolischer Politik immer stärker. Kritische Stichpunkte hierzu sind etwa die Instrumentalisierung des öffentlichen Sprachgebrauchs durch die Politik und der Übergang zur Mediendemokratie.

4. Schlussbemerkung

Die vorgenommenen Ausführungen lassen am Ende eines deutlich werden: Der Sprachgebrauch der Zeitungen wird ebenso vielfältig wie auch kontinuierlich kritisiert. Das alltägliche, leicht zugängliche und dynamische Phänomen ‚Sprachgebrauch der Zeitungen‘ steht dabei den vielfältigsten wissenschaftlichen Interessen und Methoden offen.

Methodisch bewegt sich die Kritik auf einem weiten Gebiet, das an einem Ende markiert wird von der linguistisch empirischen Textanalyse, die sprachliche Merkmale isoliert, quantifiziert oder Prozesse der Textbearbeitung rekonstruiert. Am anderen Ende finden sich globale medienwissenschaftliche Betrachtungsweisen, die Zeitungssprache unter publizistischen und kommunikationsorientierten Fragestellungen untersuchen.

Das Erkenntnisinteresse am Phänomen reicht entsprechend weit: von der Evaluation sprachlicher Charakteristika über soziologische Befunde hinsichtlich einer Berufsgruppe bis hin zu sprachphilosophischen Reflexionen.

Und auch die Praktiker selbst, die Journalisten und Redakteure, haben ein Interesse an der Kritik ihres Sprachgebrauchs, deren Ergebnisse beispielsweise in die Journalistenausbildung einfließen und zur Verbesserung beitragen können.

Nicht zuletzt kann auch der Leser profitieren, der durch die Kritik zu einem reflektierten Umgang mit den Zeitungen veranlasst wird und die tägliche Begegnung mit der Zeitungssprache bewusster erlebt.

Literatur:

[nach oben](#)

- **Biere**, Bernd Ulrich: Zur Konstitution von Presstexten. In: Bernd Ulrich Biere / Helmut Henne (Hgg., 1993): Sprache in den Medien nach 1945. Tübingen; S. 56-86.
- **Bucher**, Hans-Jürgen / **Straßner**, Erich (1991): Mediensprache, Medienkommunikation, Medienkritik. Tübingen.
- **Hoffmann**, Jochen / **Sarcinelli**, Ulrich (1999): Politische Wirkungen der Medien. In: Jürgen Wilke (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn; S.720-748.
- **Lüger**, Heinz Helmut (1995): Pressesprache. 2., neu bearb. Aufl. Tübingen

(Germanistische Arbeitshefte 28).

- **Müller**, Gerhard (1991): Zeitungsdeutsch = schlechtes Deutsch? In: Muttersprache 101; S. 218-242.
- **Nail**, Norbert (1985): Zeitungssprache und Massenpresse in der jüngeren Geschichte des Deutschen. In: W. Besch (u.a.): Sprachgeschichte, 2. Teilband. Berlin/New York; S. 1663-1669.
- **Öhlschläger**, Günther (1993): Behauptungen mit und ohne Vorbehalt. Linguistische Beobachtungen zur Berichterstattung in deutschen Tageszeitungen. In: Sprachgeschichte und Sprachkritik. Festschrift für Peter von Polenz zum 65. Geburtstag. Hgg. v. Hans Jürgen Heringer u. Georg Stötzel. Berlin/New York; S. 248-265.
- **Prott**, Jürgen (1981): Sprache im Journalismus. In: Günter Bentele (Hg., 1981); Semiotik und Massenmedien; S. 141-146.
- **Schneider**, Wolf (1986): Deutsch für Profis. Hamburg.
- **Schneider**, Wolf / Paul-Josef Raue (1996): Handbuch des Journalismus. Reinbek.
- **Sternberger**, Dolf: Wiener Walzer im zweiten Fall. In: Nikolaus Benckiser: Modenschau der Sprache. Glossen und Aufsätze der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über ein gutes und schlechtes Deutsch. Frankfurt a. M. 1969; S. 121-131.
- **Stötzel**, Georg (1980) Konkurrierender Sprachgebrauch in der deutschen Presse. Sprachwissenschaftliche Textinterpretationen zum Verhältnis von Sprachbewusstsein und Gegenwartsconstitution. In: Wirkendes Wort 30; S. 39 – 53.
- **Straßner**, Erich (1994): Deutsche Presse und Pressesprache nach 1945. In: Heinrich Löffler (u.a.): Texttyp, Sprechergruppe, Kommunikationsbereich; S. 225-260.
- **Straßner**, Erich (1999): Zeitung (Grundlagen der Medienkommunikation; 2). Tübingen.

[1] Vgl. Gerhard Müller (1991), S.218ff.

[2] vgl. etwa: Wolf Schneider (1986): Deutsch für Profis. Hamburg.

[3] Zimmermann, K. (1984): Die Antizipation möglicher Rezipientenreaktionen als Prinzip der Kommunikation, S. 131. In: Rosengren, I. (Hrsg.): Sprache und Pragmatik. Stockholm; S. 131-158; hier zit. nach Lüger 1995, S. 49.

4 Vgl. auch die anschauliche Auflistung „Aufgeblähte, abgenutzte, unbrauchbare Wörter“ bei Schneider/Raue (1996), S. 201ff.

[5] Friedrich Schiller: Sämtliche Werke, Fünfter Band: Erzählungen/Theoretische Schriften. München ⁶1980, S.429f.

6 zit. nach Gerhard Müller, S. 218

[7] Bernd Ulrich Biere beobachtet in seiner Studie detailliert den Prozess der Textkonstitution von der PR-Öffentlichkeitsarbeit über die Nachrichtenagenturen bis zur Zeitung und differenziert die Bearbeitungsstrategien nach lexikalischen, syntaktischen und textstrukturellen Überlegungen.

[nach oben](#)